

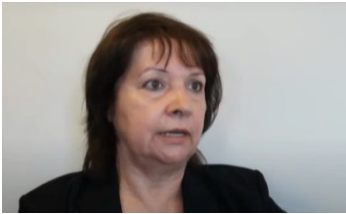
Einladung DPG-Jahrestagung 2021

Herzlich laden wir Sie zum **5. Vortrag** unserer virtuellen **Jahrestagung 2021** ein,

am **Montag, 20.09.2021** um **19:30 Uhr**
**Rolle der palästinensischen Frau
in Fragen der Menschenrechte und des Humanismus**

Rima Nazzal, Palästina

Der Vortrag wird auf Englisch gehalten und ins Deutsche übersetzt.



Rima Nazzal ist Mitglied des Generalverbandes Palästinensischer Frauen und berät palästinensische Kommunen in sozio-kulturellen und gesellschaftlichen Angelegenheiten. Sie ist Autorin und Journalistin und veröffentlicht Studien zur politischen Rolle der palästinensischen Frau im Bereich Frieden und Sicherheit. Die Kolumnistin schreibt über Menschenrechte und Frauenpartizipation.

Für die Teilnahme ist eine Anmeldung per Email erforderlich unter

Anmeldung20.09@dpg-netz.de

damit Ihnen der link für den Zugang zugesandt werden kann.

*Wir bitten um rechtzeitige Anmeldung bis zum **19.09.2021**.*

Anmeldungen kurz vor Beginn der Veranstaltungen stören den Ablauf und können nicht berücksichtigt werden.

Vorankündigungen

Rolle der jungen palästinensischen Frau im Alltag und Sport

Areej Masoud

25.10.2021 19:30 – 21:00 Uhr



Areej Masoud studierte Theologie und Psychologie an der Universität Bethlehem, sowie Politikwissenschaft und Wirtschaft in den USA. Sie absolvierte einen Studiengang in Konfliktmanagement, politischer Ökonomie und Zivilgesellschaft in der Kirche. Sie hielt Vorträge in Australien, Europa und den USA über ihre Spezialfachgebiete und zum Kairos-Dokument.

Anmeldung25.10@dpg-netz.de

neu Kein Frieden für Palästina - Der lange Krieg gegen Gaza, Besatzung und Widerstand

Prof. Dr. Helga Baumgarten, UNI Birzeit, Palästina

04.11.2021 19:30 Uhr



Helga Baumgarten studierte Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte und Arabisch und zusätzlich absolvierte sie eine Journalistenausbildung. Seit 1993 lehrt sie an der Universität Birzeit, Palästina. Ihre Bücher „*Kampf um Palästina - was wollen Hamas und Fatah*“, „*Hamas: Der politische Islam in Palästina*“, „*Arafat: Zwischen Kampf und Diplomatie*“ sowie „*Palästina: Befreiung in den Staat. Die palästinensische Nationalbewegung seit 1948*“ wurden aus aktuellen Gegebenheiten durch ihre neueste Publikation ergänzt. Helga Baumgarten ist für ihre klaren Worte bekannt, die oft Gegenreaktionen ausgelöst haben. Anmeldung04.11@dpg-netz.de

Helga Baumgarten

Die israelische Besatzung mit ihrer Siedlungs- und Vertreibungspolitik, der lange Krieg der israelischen Armee gegen den Gaza-Streifen und der Widerstand der PalästinenserInnen stehen im Mittelpunkt dieses Buches.

Die in Jerusalem ansässige deutsche Politikwissenschaftlerin Helga Baumgarten will den interessierten LeserInnen aber auch die Hintergründe für den längsten geopolitischen Konflikt unseres Zeitalters näherbringen, um ihn besser verstehen und einordnen zu können.

Mit einem historisch-analytischen Rückblick ab 1948, dem Jahr der Staatsgründung Israels und dem Beginn der palästinensischen Tragödie, der Nakba, über die Intifada bis zum Scheitern der als Friedensprozess gefeierten Osloer Verhandlungen werden die wichtigsten Stationen der Entwicklungen in Israel/Palästina kritisch untersucht.



ISBN: 978-3-85371-496-6

KEIN FRIEDEN FÜR PALÄSTINA

Helga Baumgarten

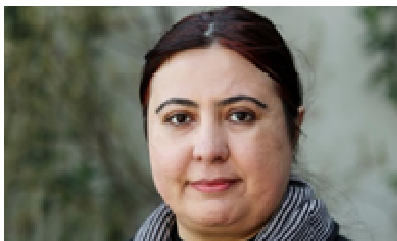


KEIN FRIEDEN FÜR PALÄSTINA

Der lange Krieg gegen Gaza,
Besatzung und Widerstand



Übersetzter Vortrag vom 30.08.2021 - Reham Owda, Gaza Die Situation der palästinensischen Frau in Gaza



Reham Owda, freiberufliche Journalistin und Autotrin, gilt als die erste weibliche politische Analystin im Gazastreifen. Sie hat zwei Masterstudien in Politik und Internationaler Zusammenarbeit in Gaza und Spanien abgeschlossen sowie ein Volontariat bei der Taz in Berlin absolviert. Ihre Publikationen befassen sich mit den Menschenrechten, der Anti-Gewalt und der Friedenserziehung.

Die Auswirkung von Krieg und militärischer Eskalation auf Frauen in Gaza

Israel hat in den letzten 14 Jahren vier schwere Militäroperationen im Gazastreifen durchgeführt. Diese Operationen haben die Situation der palästinensischen Frauen in Gaza stark beeinträchtigt und zu Vertreibungen von Frauen geführt. Der jüngste Konflikt fand im Zeitraum vom 10. bis zum 21. Mai 2021 statt. Die 11-tägige militärische Eskalation zwischen der israelischen Armee und palästinensischen Fraktionen im Gazastreifen ist eine der schwersten Kämpfe und Feindseligkeiten zwischen bewaffneten palästinensischen Fraktionen und Israel seit 2014.

Laut (Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten) OCHA-Infografik, die am 21. Mai 2021 veröffentlicht wurde, haben die jüngste Angriffe die ohnehin schlechte humanitäre Lage in Gaza noch verschlimmert und zwar aufgrund der Tötung und Verstümmelung von Zivilisten, der Zerstörung oder Beschädigung von Häusern und Infrastruktur, der schweren Störung der Grundversorgung und der Binnenvertreibung von Menschen. Der Ausbruch der Feindseligkeiten folgte wochenlang zunehmende Spannungen in Ost-Jerusalem, die sich auf die drohende Vertreibung palästinensischer Familien und Zugangsbeschränkungen in der Altstadt konzentrierten.

Zahl der Todesopfer durch israelische Luftangriffen auf den Gazastreifen

Laut einer vom Palästinensischen Zentrum für Menschenrechte veröffentlichten Pressemitteilung betrug die Zahl der Todesopfer bei den israelischen Luftangriffen auf den Gazastreifen während des Gazakrieges 247 Tote, darunter 66 Kinder und 39 Frauen; 1416 Verwundete, davon 277 Frauen und 412 Kinder.

Psychosoziale Auswirkung

Die letzte kriegerischen Auseinandersetzungen haben laut einem Bericht von UN-Women von Juni 2021 gravierende negative Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der Bewohner von Gaza, insbesondere von Frauen und Kindern. Seitdem haben sich die Notrufe bei der nationalen Hotline des Gazastreifens, die von Partnern des Protection Cluster betrieben wird, enorm erhöht; ein Indiz für einen großen Bedarf insbesondere im Zusammenhang mit der Hilfe für Kinder, die Panik, Traumata und Angst erleben.

Humanitäre Auswirkung

Von Frauen geführte Organisationen hatten auch berichtet, dass sie bei ihren Hotlines Anrufe von Frauen erhalten, die nach humanitärer Hilfe, dem Verlust von Rechtsdokumenten, Rechtsansprüchen, sowie Schadensbewertungen und Entschädigungen fragten. Die Höhe der Anrufe und ihr Charakter verursachen Stress für die Leistungserbringer, die oft selbst psychische und psychosoziale Dienste des MHPSS (Mental Health & Psychosocial Support Network, ORIENTIERUNGSRAMMEN FÜR DIE PSYCHISCHE GESUNDHEIT UND PSYCHOSOZIALE UNTERSTÜTZUNG) benötigen.

Aufgrund von Kriegen und häufigen militärischen Auseinandersetzungen in Gaza verloren viele palästinensische Frauen ihr Zuhause und wurden in UNRWA-Schulen evakuiert; andere wurden bei ihren Verwandten untergebracht.

Flucht/Vertreibung und Hauszerstörung

Nach verifizierten Daten auf der Grundlage von Zahlen des palästinensischen Ministeriums für öffentliche Arbeit und Wohnungswesen, des palästinensischen Ministeriums für soziale Entwicklung und der UNRWA sind auf dem Höhepunkt der Angriffe über 117.000 Menschen aufgrund der intensiven Luftangriffe aus ihren Häusern geflohen und aufgrund der Zerstörung der Häuser, suchten 77.000 Menschen sichere Plätze in UNRWA-Schulen und die restlichen Obdachlosen befanden sich in einer Gastgemeinde und in informellen Unterkünften.

Darüber hinaus setzt die Eskalation Frauen und Mädchen einem höheren Risiko für geschlechtsspezifische Gewalt aus, einschließlich Gewalt in der Partnerschaft. In Gaza leben seitdem 37.000 vertriebene Frauen in kommunalen Unterkünften oder bei Gastfamilien. Persönliche Dienstleistungen gegen geschlechtsspezifische Gewalt, wie Rechtshilfe, psychologische Unterstützung, geschlechtsspezifische Fallbearbeitung und andere Aktivitäten zur Aufklärung und Sensibilisierung der Gemeinde wurden ausgesetzt.

Obwohl die UNRWA-Schulen als Unterkünfte angesehen wurden, sind sie keine sicheren Unterkünfte, sie sind lediglich Klassenzimmer mit offenen Außenhöfen ohne jeglichen Schutz gegen israelische Luftangriffe. Während der Gaza-Kriege griffen Zivilisten in Gaza immer auf die UNRWA-Schulen zurück, weil sie der Meinung waren, dass die UN-Schulen eine Art internationale und diplomatische Immunität hätten. Aber wenn die Bomben zufällig abgeworfen werden, gibt es für keinen Ort in Gaza Schutz und Immunität.

Laut dem WFP-Bericht (World Food Program – UN-Welternährungsprogramm) verloren viele Familien, die aus ihren Häusern vertrieben wurden, während der 11-tägigen Angriffe ihren gesamten Haushalt, darunter Kühlschränke und Kochgelegenheiten, die für die Verpflegung gänzlich fehlten.

Ökonomische Auswirkung

In Bezug auf den Wirtschaftssektor hat die israelische Armee während ihrer jüngsten Angriffe auf Gaza viele wirtschaftliche und kommerzielle Einrichtungen, darunter Fabriken und Geschäfte im Gazastreifen, angegriffen und zerstört. Diese wirtschaftlichen Verluste in Gaza belaufen sich auf 105 bis 190 Millionen US-Dollar. Die militärischen Angriffe haben erhebliche Auswirkungen auf die fragilen Lebensgrundlagen und Sicherheitsnetze der am stärksten gefährdeten Menschen in Gaza, nämlich der Frauen. Nach Einschätzung der Weltbank hatte der Konflikt negative Auswirkungen auf den Kapitalmarkt und die Wirtschaftstätigkeit. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von Gaza wird 2021 voraussichtlich um 0,3 Prozent schrumpfen, verglichen mit einer geschätzten Wachstumsrate von 2,5 Prozent vor dem letzten Krieg.

Die Auswirkung der Blockade auf die Situation der *Frauen* in Gaza

Gaza wurde als das „größte Freiluftgefängnis der Welt“ bezeichnet. Zwei Millionen Menschen sind von der israelischen Blockade gefangen, die seit 2007 über den Gazastreifen verhängt wurde. Die humanitäre Not war enorm: Sie hat die Wirtschaft des Gazastreifens verwüstet und die meisten Menschen, insbesondere Frauen, die nicht in der Lage waren, Gaza zu verlassen, den Zugang zu Nahrung, Wasser, lebenswichtigen Dingen und Dienstleistungen wie Gesundheitswesen und Bildung erschwert, ohne jegliche Verbindung zueinander.

Humanitäre Bedürfnisse

Darüber hinaus verhindert die Blockade den Handel mit dem Rest der Welt und den Zugang zu den Märkten im Westjordanland, sowie den Zugang vieler Wiederaufbaumaterialien. Massive Brennstoffknappheit hat zu Stromausfällen von bis zu 20 Stunden geführt, was es Krankenhäusern, Schulen und kleinen Unternehmen erschwert, geöffnet zu bleiben und Wasser- und Abwassersysteme häufig ausfallen.

Ökonomische Situation der Frauen

Zusätzlich zu den oben erwähnten strengen Beschränkungen, die dem Agrar- und Fischereisektor auferlegt wurden, wurden die Landwirtschaft und das verarbeitende Gewerbe durch Beschränkungen der Einfuhr von Technologie und Rohstoffen behindert, was ihre Fähigkeit zur Expansion, Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen einschränkte. Aufgrund der Blockade lag der Beitrag des Gazastreifens zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Palästina bis Ende 2020 bei weniger als 18 %, und laut dem UNCTAD-Bericht (Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung) vom 25. November 2020 wurden die Kosten für die Besetzung des Gazastreifens während des letzten Jahrzehnts um 16,7 Milliarden US-Dollar geschätzt. Dies bedeutet, dass sich die wirtschaftlichen Verluste pro Kopf durch die Blockade aufgrund der langfristigen Schließung und der Militäroperationen, denen Gaza während der Belagerungszeit ausgesetzt war, auf etwa 9.000 US-Dollar beliefen.

Arbeitslosigkeit, finanzielle und soziale Abhängigkeit von Frauen

Die Blockade führt dazu, dass Frauen aus Gaza von der Außenwelt isoliert sind und ihnen der Zugang zu ihren eigenen Ressourcen verwehrt wird. Die meisten Bäuerinnen und Unternehmerinnen, die kleine und mittlere Unternehmen führen, haben keinen Zugang zu externen Märkten und können keine Waren oder Produkte exportieren oder importieren. Die Blockade des Gaza-Streifens hat zudem die Armut und Arbeitslosigkeit unter Frauen auf eine Arbeitslosenquote von 48% erhöht, so veröffentlicht in der Statistik des palästinensischen Zentralbüros für Statistik-PCBS im Jahr 2021. Viele Frauen in Gaza leiden unter Arbeitslosigkeit und Mangel an finanziellen und wirtschaftlichen Ressourcen. Sie sind häuslicher Gewalt ausgesetzt; die meisten von ihnen sind auf die finanzielle Unterstützung ihrer Ehemänner oder anderer männlicher Verwandter wie Väter oder Brüder angewiesen, so dass sie ein hohes Maß an wirtschaftlicher Abhängigkeit erreichen und nicht an familiären Entscheidungsprozessen teilnehmen können.

Die Auswirkung von COVID-19 auf Frauen in Gaza

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat am 11. März 2020 die Virusinfektion durch COVID-19 zu einer Pandemie erklärt. Nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums beträgt die Gesamtzahl der COVID-19-Fälle in Palästina bis zum 15. August 2021 348.909 bestätigte Fälle, darunter 118.537 bestätigte Fälle im Gazastreifen. Derzeit beträgt die Zahl der aktiven Fälle im Gazastreifen 2.229.

Arbeitsverlust

Die Gesundheits-, Sozial- und Wirtschaftskrise von COVID-19 hat die bestehenden geschlechtsspezifischen Unterschiede verschärft und die ohnehin prekäre Situation palästinensischer Frauen und Mädchen verschlimmert. Jüngste Studien zeigen eine Verschlechterung der Geschlechterindikatoren aufgrund hoher informeller Beschäftigungsquoten, massiver Arbeitsplatzverluste und zunehmender Barrieren für die Rückkehr von Frauen ins Erwerbsleben, was zu einer Häufung von familiären Betreuungsaufgaben und der Ausbreitung der stillen Epidemie von geschlechtsspezifischer Gewalt führt. Viele Frauen in Gaza, die im Bereich Bildung und Kinderbetreuung arbeiten, verlieren ihren Arbeitsplatz und viele Frauen, die kleine Unternehmen im Zusammenhang mit Handel und Lebensmittelproduktion betreiben, erleiden große

Verluste aufgrund der Schließung lokaler Märkte in Gaza aufgrund nationaler Sperren und des Notstandsstatus im Gazastreifen.

COVID-19 hat geschlechtsspezifische Auswirkungen auf Frauen und Männer in Palästina hinterlassen, da nicht nur die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zunehmen, sondern sich auch die Rollen von Frauen, Mädchen, Männern und Jungen verschieben und neue Dynamiken schaffen, durch eine Reihe sich überschneidender wirtschaftlicher, sozialer und politischer Faktoren. Laut vorläufigen Datenerhebungen und Konferenzen der UN-Women von mehr als 30 von Frauen geführten Organisationen und Frauenführungskräften im Westjordanland und im Gazastreifen wurde erwartet, dass die anhaltende COVID-19-Krise geschlechtsspezifische Risiken und Anfälligkeiten schaffen und verschärfen würden.

Gewalt gegen Frauen

Laut UN-Woman-Bericht nimmt die häusliche Gewalt in Palästina bereits zu. Für Palästinenser in verarmten Gemeinden, die chronisch kollektiver Gewalt und wirtschaftlicher Unsicherheit ausgesetzt sind, besteht bereits ein höheres Risiko für geschlechtsspezifische Gewalt (GBV), nämlich gegen Frauen, Mädchen und Jungen – dazu gehören Gaza, die Flüchtlingslager oder das Gebiet C im Westjordanland. Der UN-Woman-Bericht stellt auch fest, dass 40 Prozent der befragten PalästinenserInnen angesichts von COVID-19 und der anschließenden offiziellen Reaktion und Maßnahmen eine Zunahme der Gewalt in der Gemeinschaft und 33 Prozent eine Zunahme der häuslichen Gewalt erwarten. Bei einschlägigen Hotlines kommt es neben der systematisch aufgezeigten psychosozialen Gewalt vermehrt zu Beschwerden über körperliche Gewalt.

Rechtsstatus und Rechte von Frauen in Gaza

Rechtsgrundlage

Im Allgemeinen ist das palästinensische Recht nicht einheitlich; es ist eine Mischung aus osmanischem, britischem Mandat, jordanischem, ägyptischem und israelischem Militärrecht. Darüber hinaus gelten für Palästina internationale Gesetze und Konventionen.

In ihrem ersten Entwurf des palästinensischen Grundgesetzes (der Grundlage für die Verfassung eines zukünftigen Staates) von 1994 garantierte die PLO nicht die Gleichberechtigung der Frau. Frauengruppen legten daher dem verstorbenen palästinensischen Präsidenten Yasir Arafat eine Frauencharta, die „Prinzipienerklärung zu palästinensischen Frauenrechten“ vor und forderten, dass die Gleichberechtigung der Frauen in Bezug auf politische, bürgerliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte berücksichtigt werden müsse.

Im Jahr 2003 wurde das Grundgesetz geändert. Artikel 12 besagt, dass das Recht auf Staatsbürgerschaft von Vätern oder Müttern auf ihre Vorfahren übergeht und Artikel 19 drückt die Gleichstellung der Geschlechter in Bezug auf politische und bürgerliche Rechte aus. Erwähnenswert ist auch, dass der palästinensische Präsident Mahmoud Abbas 2009 die Konvention zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau (CEDAW) unterzeichnet hat. Aber diese Konvention sieht sich immer noch vielen Widerständen von religiösen Leuten gegenüber, die glauben, dass einige Artikel dieser Konvention mit den Prinzipien der islamischen Scharia nicht vereinbar seien.

Geschlechtsspezifische Gewalt [Gender Based Violence]

In Palästina gibt es kein Gesetz, das Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV) schützt, die im Gazastreifen ein wichtiges Schutz- und Gesundheitsproblem darstellt. Aufgrund der Blockade und der Wirtschaftskrise in Gaza wurde sexuelle Gewalt in all seinen Formen praktiziert, einschließlich körperlicher Gewalt, häuslicher Gewalt und Kinderheirat. Daher setzen sich palästinensische Frauenorganisationen in Gaza seit vielen Jahren für Schutzgesetze und kulturelle Veränderungen im Umgang mit Opfern ein.

Derzeit gibt es in Palästina kein „umfassendes Gesetz gegen häusliche Gewalt“. Aktivistinnen haben für den Schutz des Familienrechts gekämpft, aber dieses Gesetz befindet sich noch in der Entwicklung und es sieht sich vielen Einwänden von religiösen und traditionellen Menschen in Palästina ausgesetzt.

Recht auf Reisen

Frauen aus Gaza werden oft bei Reisen ins Ausland mit Einschränkungen konfrontiert. Zum Beispiel hat der Oberste Justizrat des Gazastreifens am 14. Februar 2021 eine Anweisung herausgegeben, die männlichen Vormündern erlaubt, die Reise von unverheirateten Frauen einzuschränken. Dies

bedeutet, dass ein männlicher Vormund (ein enger männlicher Verwandter wie ein Vater, Bruder oder Großvater) beantragen kann, eine unverheiratete Frau an der Reise zu hindern, wenn er der Ansicht ist, dass die Reise „absoluten Schaden“ verursachen wird. Sie könnte auch an der Reise gehindert werden, wenn gegen den Vormund ein Verfahren anhängig ist, das ein Reiseverbot erfordert, beispielsweise wenn der Vormund ein gerichtliches Verbot beantragt hat.

Nach weit verbreiteter Kritik von Frauenorganisationen an dieser Reiseschrift hat der Oberste Justizrat des Gazastreifens seine Entscheidung zurückgezogen, wonach Frauen die Erlaubnis eines männlichen „Vormunds“ einholen müssen, um ins Ausland reisen zu können.

Erbrecht

In Bezug auf die Erbschaft wird im Gazastreifen das Familienrecht von 1954 auf der Grundlage des Scharia-Rechts angewendet. Im Allgemeinen sehen die Scharia-Regeln in Bezug auf das Erbe vor, dass Frauen die Hälfte des Betrags erhalten, der einem männlichen Geschwister zugestanden wird. Zum Beispiel erhält eine Tochter einen Anteil am Nachlass ihres Vaters, der die Hälfte des Anteils ihres Bruders beträgt. In der Praxis erhalten Frauen aus Gaza oft nicht einmal ihren gesetzlichen Erbanspruch und werden möglicherweise von männlichen Verwandten unter Druck gesetzt, ganz auf ihre Rechte zu verzichten.

Übersetzung: Nazih Musharbash, DPG-Präsident

Prof. Rolf Verleger Zionismus, Kolonialismus und die Entstehung Israels Video-Aufzeichnung vom 2.9.2021

Das Zarenreich war um 1900 das größte jüdische Zentrum der Welt. Von hier kamen: Zionismus, Orthodoxie, der „Arbeiterbund“, jüdische Sozialisten, Auswanderung nach Amerika und Europa – und der Antisemitismus, der auch in den Einwanderungsländern zunahm, vor allem in Deutschland. Die führende Weltmacht Großbritannien wählte sich 1917 den Zionismus als ein Hilfsmittel für die Gestaltung ihrer Herrschaftsansprüche. Und so schuf der Zionismus, entstanden im Zarenreich zur Emanzipation einer diskriminierten Minderheit als Gegenspieler sowohl der jüdischen Orthodoxie als auch der sozialistischen Bewegung, mit Diskriminierung der Palästinenser und Landraub an ihnen nicht mehr, sondern weniger Gerechtigkeit auf Erden.

<http://nahost-forum-bremen.de/?p=10866> und
<https://youtu.be/37N6A-j0cIU>

Veranstaltet von:

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft Bremen e.V., Israelisches Komitee gegen Hauszerstörung (ICAHD), AK Nahost Bremen, Bremer Friedensforum, Kairos Palästina Solidaritätsnetz Gruppe Bremen; biz (Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung).